

**Chef der Staatskanzlei
und Staatsminister für
Bundesangelegenheiten
und Medien**

SACHSISCHE STAATSKANZLEI
01095 Dresden

Durchwahl
Telefon 0351 564-10100
Telefax 0351 564-10999

poststelle@
sk.sachsen.de*

Geschäftszeichen
(bitte bei Antwort angeben)
SK.21B-4139/6/1-
2023/131376

Dresden, 16. Januar 2024

Der Braunkohlenausschuss des Landes
Brandenburg
Gulbener Straße 24
03046 Cottbus

Sehr geehrte Frau Kircheis,
sehr geehrter Herr Scheufele,
sehr geehrter Herr Schneider,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 13. Oktober dieses Jahres. Darin äußern Sie unter Bezug auf die Mitte Juni 2023 veröffentlichte Studie „Wasserwirtschaftliche Folgen des Braunkohleausstiegs in der Lausitz“ des Umweltbundesamtes (UBA) die Bitte um intensive Unterstützung bei der Lösung des Wasserdefizitproblems.

Der Wasserhaushalt in der Lausitz mit ihren Flussgebieten wurde durch den Braunkohlebergbau verändert. Der politisch vereinbarte Braunkohleausstieg wird erneut zu weitreichenden Änderungen und Herausforderungen führen.

Als Folge dieser Entwicklung wird eine wasserwirtschaftliche Mangelsituation für die Lausitz prognostiziert.

Als ein wichtiges Arbeitsgremium zur fachlichen und behördlichen Begleitung der notwendigen wasserwirtschaftlichen Maßnahmen hinsichtlich dieser Herausforderungen hat sich die Arbeitsgruppe Flussgebietsbewirtschaftung Spree-Schwarze Elster-Lausitzer Neiße (AG FGB) etabliert. In der AG FGB arbeiten bereits seit dem Jahr 1999 alle betroffenen Wasserbehörden der Länder Sachsen, Brandenburg und Berlin sowie die Bergbauunternehmen LMBV und LEAG länderübergreifend zusammen.

2022 erweiterte sich das Mandat auch auf die Bewältigung der wasserwirtschaftlichen Aufgaben infolge des Struktur- und Klimawandels.

In der eigens eingerichteten Unterarbeitsgruppe Kohleausstieg wurde der ganzheitliche wasserwirtschaftliche Untersuchungsbedarf ermittelt und durch die AG FGB beschlossen.

Die Arbeitspakete wurden bereits parallel zur Studie des UBA entwickelt, werden seit Vorliegen der UBA-Studie für die konkrete Umsetzung ausformuliert und abgestimmt und sollen ohne Zeitverzögerung in den nächsten Jahren umgesetzt werden (schwerpunktmäßig 2024 bis 2026).



Die Kampagne des
Freistaates Sachsen.

Hausanschrift:
Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden

www.sachsen.de

* Der Empfang von elektronisch signierten und/oder verschlüsselten elektronischen Dokumenten ist möglich. Die öffentlichen Schlüssel der Sächsischen Staatskanzlei finden Sie unter <https://www.sachsen.de/kontakt.html>.

In der Maßnahmenliste sind unter anderem enthalten:

- Die Aktualisierung und Weiterentwicklung des Langfristbewirtschaftungsmodells WBalMo als Grundlage für Szenarien- und Prognosebetrachtungen für die Oberflächengewässer,
- Detailuntersuchungen zur Optimierung/Erweiterung bestehender Speicherpotenziale, zum Neubau/zur Neueinrichtung von Speichern beziehungsweise Speicherlamellen, zum Wasserrückhalt in der Fläche,
- Machbarkeitsstudien zu Überleitungen aus den Einzugsgebieten Elbe, Lausitzer Neiße und Oder sowie
- Entwicklung länderübergreifender Trägerstrukturen.

Auf Basis der Studie des UBA wurden Handlungsoptionen abgeleitet, welche regionale und aufgabenbezogen Bedürfnisse berücksichtigen sollen.

Eine fachlich fundierte Grundsatzentscheidung bedarf jedoch noch mehr als diese eine Studie. Weitere Untersuchungen sind erforderlich, um eine substantiierte Abwägung und Einschätzung von Auswirkungen der verschiedenen Varianten auf Umwelt und Gewässer zu ermöglichen. Insoweit bedarf es ergebnisoffener detaillierter Betrachtungen und Prüfungen Vorschläge des UBA und Alternativen unter Einbezug realistischer Bewertungskriterien.

Diesen zwingenden und vertiefenden Betrachtungen widmen wir uns landesseitig mit hoher Priorität durch Folgeuntersuchungen und maßnahmenvorbereitende Machbarkeitsstudien, um belastbare Aussagen über die konkrete Umsetzbarkeit, damit verbundene Wirksamkeit und Folgen zu erhalten und Grundsatzentscheidungen für Maßnahmen treffen zu können.

Der Freistaat Sachsen wird im Rahmen seiner Möglichkeit die Lösungssuche und entsprechend identifizierte Lösungswege mit unterstützen und sich angemessen in diesen bedeutsamen, richtungsweisenden Prozess einbringen.

Zusätzlich ist insbesondere zu beachten, dass wasserhaushalterische Auswirkungen aus den Bergbaufolgewirkungen des Braunkohletagebaus grundsätzlich in die Verantwortung des Bundes fallen (Stichwort Ewigkeitslasten).

Ich bin überzeugt, dass wir mit den bereits eingeleiteten Schritten die großen Herausforderungen im Wassermanagement und Wasserhaushalt für die Lausitz und damit für ein Gelingen des Strukturwandels im Lausitzer Revier erfolgreich bewältigen werden können.

Ich danke Ihnen für Ihren Einsatz für den Strukturwandel und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen


Oliver Schenk